

638/J XXI.GP

Anfrage

**der Abgeordneten Mag. Ulli Sima
und Genossinnen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Umweltkriminalität**

Die aktuelle Lage der Bekämpfung von Umweltkriminalität in Österreich ist alles andere als rosig. Von den rund 35.000 Sicherheitskräften sind 48 Personen in Österreich als Umweltsachbearbeiter mit Umweltschdelikten betraut. Im Jahr 1998 wurden lediglich 222 Anzeigen in diesem Bereich eingebracht, mit fallender Tendenz. Die Anzahl der Anzeigen in den Jahren davor hatte sich zumeist um die 300 bewegt. Darüber hinaus sagen die eingebrachten Anzeigen ja noch nichts über eine Verurteilung und das Strafausmaß aus. Laut einer Schätzung führt nur jede 10. Anzeige auch tatsächlich zu einer Verurteilung. Auch laut Rechnungshof Präsidenten Franz Fiedler gibt es im Bereich Umweltkriminalität „geringe Anzeigen und ein enorm hohes Dunkelfeld“, denn die eingebrachten Anzeigen stellen maximal die Spitze des Eisberges dar. Das hohe Dunkelfeld, so der Präsident im Rechnungshofausschuß müsse dringend „ausgeleuchtet werden“.

280 000 Tonnen gefährlicher Müll verschwinden jährlich

Ein von Präsident Fiedler gebrachtes Beispiel legt die enormen Ausmaße der bisher unentdeckten Umweltkriminalität in Österreich dar: so fallen in Österreich jährlich rund 46 Millionen Tonnen Müll pro Jahr an, davon 760 000 Tonnen gefährlicher Müll. Von besagten 760 000 Tonnen werden lediglich 70% ordnungsgemäß entsorgt, der Rest, rund 280 000 Tonnen verschwindet einfach, wird also illegal „entsorgt“. Nach Fiedlers Berechnungen entgehen der öffentlichen Hand durch die illegale Entsorgung, allein der 280 000 Tonnen gefährlichen Mülls, rund 800 Millionen ÖS pro Jahr, wenn davon ausgegangen wird, dass die Hälfte der Müllentsorgungsunternehmen in staatlichem Besitz sind. Schon ein kleiner Teil dieser Mittel würde ausreichen, um eine schlagkräftige Umweltkriminalitätsbekämpfung in Österreich zu finanzieren.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Inneres die folgende

Anfrage:

1. Bis wann haben Sie vor, die vom Rechnungshof im „Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes“, Verwaltungsjahr 1998 vorgeschlagenen Maßnahmen umzusetzen um eine effektive Bekämpfung der Umweltkriminalität in Österreich zu ermöglichen?
2. Sind im Budget 2000 im Vergleich zum vorjährigen Budget zusätzliche finanzielle Mittel für die Bekämpfung der Umweltkriminalität vorgesehen?
3. Wie wollen Sie eine stärkere Vernetzung ihrer Beamten im Bereich Umweltkriminalität erreichen?
4. Was tun Sie, um eine ressortübergreifende Zusammenarbeit speziell mit dem Umweltressort zu fördern?
5. Welche Maßnahmen haben Sie gesetzt, um die illegale Müllverschiebung in den Griff zu bekommen?
6. Haben Sie vor, die bestehende Infrastruktur für die Bekämpfung der Umweltkriminalität zu verbessern?
7. Wenn ja, mit welchen Maßnahmen?
8. Laut Rechnungshofbericht fand der letzte Grundausbildungslehrgang für Umweltsachbearbeiter im Jahr 1994 statt. Denken Sie daran, eine Art „Schulungsoffensive“ für diesen Bereich zu starten?
9. Wenn ja, wann?
10. Wie hoch war das durchschnittliche Strafausmaß bei Umweltdelikten 1998?
11. Halten Sie eine engere Kooperation mit dem Justizressort im Bereich Umweltkriminalität für zielführend?
12. Im vergangenen Jahr kam es zu mehreren Anzeigen wegen illegaler Atrazin-Nutzung in Oberösterreich. Haben Sie vor, Schwerpunkt - Kontrollen in ganz Österreich vor allem im Bereich illegaler Atrazin - Nutzung in der Landwirtschaft durchzuführen?
13. Haben Sie vor, andere Schwerpunkt - Kontrollen durchzuführen?